



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Aussenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	12
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	12
	Beziehungen mit der Türkei	13
	Innenpolitische Entwicklungen	14
	Aussenpolitische Entwicklungen	15
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	16
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	16

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters finden Sie das Anmeldeformular
hier www.fescyprus.org/de/newsletter/

1. Das Zypernproblem

Am 11. März traf sich Jane Holl Lute, die Sonderbeauftragte für Zypern des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, mit dem Außenminister der Türkei, Mevlut Cavusoglu, in Antalya. Im Anschluss an das Gespräch twitterte der türkische Außenminister: *„Alle Optionen für eine dauerhafte Lösung des Zypernproblems liegen auf dem Tisch“*. In jedem Fall sei *„die politische Gleichstellung der türkischen Zyprioten ein Muss“*. Die Zusammenkunft bildete den Abschluss einer Reihe von Treffen zwischen Lute und den zypriotischen Garantmächten: dem Vereinigten Königreich, Griechenland und der Türkei. Das Treffen fand im Anschluss an die Treffen mit den beiden zypriotischen Volksgruppenführern statt, welche zur Ausarbeitung des Referenzrahmens für die Fortsetzung von Wiedervereinigungs-verhandlungen diente.

In einer schriftlichen Stellungnahme vom 11. März beschuldigte der türkisch-zypriotische Regierungssprecher¹ Baris Burcu den griechisch-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire der EU ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine

zypriotischen Volksgruppenführer Nicos Anastasiades, ein Schattentheater bezüglich des wichtigen Aspektes der Regierungsführung aufzuführen. Diese geschehe in der Absicht, den Friedensprozess zu unterlaufen. Burcu spielte damit auf Anastasiades Vorschlag einer ‚dezentralisierten Föderation an. Burcu betonte, Anastasiades versuche frühere Vereinbarungen zur politischen Gleichberechtigung zu kippen, indem er wiederholt „neue Ideen“ auf den Verhandlungstisch bringe, ohne diese jedoch zu konkretisieren.

Am 19. März fand in Pyla ein Freundschaftsspiel zwischen dem griechisch-zypriotischen Fußballclub Salamina FC und dem türkisch-zypriotischen Fußballverein Magusa Turk Gucu statt. Politiker, Offizielle, Sportler und Fans beider Volksgruppen nahmen an der von der Friedens- und Sportorganisation und der Stelios-Philantropic-Stiftung gemeinsam organisierten Veranstaltung teil. Der erwartete türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Mustafa Akinci sagte jedoch in letzter Minute ab, da das Spiel nicht wie angekündigt in der Pufferzone, sondern in einem im Süden der Insel gelegenen Teil des Dorfes ausgetragen wurde.

Am 21. März traf sich der türkische Außenminister Cavusoglu mit seinem griechischen Amtskollegen Giorgos Katrougalos in Antalya, um unter anderem das Zypernproblem zu diskutieren. Cavusoglu und Katrougalos vereinbarten ein weiteres Treffen am 12. April in Athen. Thema

Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

wird die internationale Dimension der Zypernfrage sein. Beide einigten sich zudem darauf, weitere vertrauensbildende Maßnahmen (CMBs) zu erörtern und sich in einem informellen Gespräch zu ihren jeweiligen Positionen zum Zypernproblem auszutauschen. Was die Garantiefrage betrifft standen die Äußerungen der beiden Minister in absolutem Gegensatz zueinander. Katrougalos wiederholte die Position Griechenlands, das den Wegfall des anachronistischen Garantiesystems und den Abzug aller Truppen unterstützt. Cavusoglu seinerseits betonte, dass die Aufrechterhaltung des Garantiesystems notwendiger sei denn je, und verwies auf die unilateralen Erkundungsbohrungen nach Öl und Gas der griechischen Zyprioten. Zum Thema Energienutzung erklärte Katrougalos, dass Griechenland das Recht der Republik Zypern verteidige, ihre Ressourcen in der exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) zum Wohle beider Seiten zu bewirtschaften. Er erinnerte an die Verabschiedung des Gesetzes zur Einrichtung eines fossilen Brennstofffonds durch das zyprische Parlament, in dem die Verwaltung der Erlöse aus den Gasvorkommen geregelt sei. Cavusoglu betonte, dass die Türkei aus dem Ausbeutungsprozess nicht herausgehalten werden dürfe, und dass Programme, in die die Türkei nicht mit einbezogen werde, nicht umgesetzt werden würden. Er verwies dabei auf die Rechte der türkischen Zyprioten, die garantiert werden müssten.

Die türkisch-zypriotische Journalistin Sevgül Uludağ, die ihr Lebenswerk den Vermissten des Konflikts als auch dem Frieden und der Aussöhnung auf der Insel gewidmet hat, wurde für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Am 27. März kündigte das technische Komitee für Kulturelles Erbe an, als vertrauensbildende Maßnahme (CBM) zwischen der türkisch-zypriotischen und der griechisch-zypriotischen Volksgruppe die Wiederinstandsetzung von sechs auf der Insel verteilten Friedhöfen als Pilotprojekte zu starten. Es handelt sich um die Friedhöfe in den Dörfern Lefkonoiko/Geçitkale, Kofinou/Köfünnye, Gypsou/Akova, Kalo Chorio/Vuda, Karavas/Alsancak, Mandria/Mandirga.

Das ‚Imagine-Projekt‘, das unter der Schirmherrschaft des Bikommunalen technischen Komitees für Bildung steht, startete unter dem Titel ‚Von Nikosia lernen‘ den ersten seiner Studienbesuche. Die neue Initiative des Ausschusses sieht inselweite Exkursionen vor. Insgesamt 52 Schülern – 27 griechischen und 25 türkischen Zyprioten im Alter von 14 und 15 Jahren – bot sich die Möglichkeit, verschiedene Komponenten des multikulturellen Charakters der Stadt zu erkunden. Die Pilotphase dauert bis Ende des Schuljahres 2018/2019 und umfasst auch Exkursionen in weitere Städte. *„Die Studienbesuche sind so gestaltet, dass sie den Schüler die Möglichkeit geben, gemeinsam kulturelles Erbe und physische Umgebungen auf ganz Zypern zu erforschen“*, heißt es in einer Erklärung.

Die griechisch-zypriotische Regierung kündigte am 27. März an, dass Andreas Mavroyiannis die Aufgabe des Ständigen Vertreters Zyperns bei der UN in New York übernehmen und zugleich Chefunterhändler der griechisch-zypriotischen Seite bleiben werde. Mavroyiannis wird Nachfolger von Kornelios Korneliou.

Der türkisch-zypriotische Außenminister Özersay begrüßte die im vergangenen Monat vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen der beiden Volksgruppenführer und fügte hinzu, dass die Kooperation der beiden Seiten den Umgang mit Gasvorkommen und den Austausch von Straftätern einschließen solle.

2. Gasvorkommen

Am 1. März verabschiedete das griechisch-zypriotische Parlament einen Gesetzesentwurf zur Einrichtung eines nationalen Investment-Fonds, in dem zukünftige Erträge aus fossilen Brennstoffvorkommen verwaltet werden sollen. Die Parteien einigten sich darauf, die Einnahmen aus den Öl- und Gasverkäufen strikt von öffentlichen Schulden zu trennen und folgten damit einem von der regierenden DISY (Demokratische Sammlung) und der größten Oppositionspartei AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) eingebrachten Antrag. Die Novelle legt fest, dass Staatsschulden nur aus Fondsmitteln gedeckt werden dürfen, wenn sie 80% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) überschreiten. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf hatte Rückstellungen vorgesehen, wobei unter bestimmten steuerlichen Voraussetzungen ein Teil des Fondsvermögens in die Staatskasse geleitet hätte werden können, wenn auch der Großteil der Erträge für Investitionen für die nachfolgenden Generationen zurückgehalten worden wäre.

Die Regierung ist der Ansicht, dass die Schaffung eines rechtlichen Rahmens zu Einrichtung und zum Einsatz des Fonds vor der Erschließung

neuer Lagerstätten von besonderer Wichtigkeit ist. Dies sende sowohl nach innen als auch nach außen die Botschaft einer verantwortungsvollen Verwaltung der Gasvorkommen und ihrer Erträge. Diese Entwicklung werde Zypern auch in seiner Außendarstellung als glaubwürdigen Investitionsstandort zeigen.

Während des sechsten Dreiergipfels am 20. März in Jerusalem einigten sich die Regierungen Zyperns, Israels und Griechenlands sowie der ebenfalls teilnehmenden USA darauf, die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, Energieunabhängigkeit und Energiesicherheit zu unterstützen und diese gegen negative Fremdeinwirkungen aus dem Östlichen Mittelmeer und dem erweiterten Nahen Osten zu verteidigen. US-Außenminister Mike Pompeo, der dem Gipfel beiwohnte, versprach die Unterstützung der trilateralen Zusammenarbeit durch die US-Regierung. Am Rande des Gipfels traf sich Präsident Anastasiades zu Einzelgesprächen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und mit Pompeo. In der Zwischenzeit warnte der libanesische Außenminister Gebran Bassi am 7. März seine mediterranen Nachbarn davor, mit der EastMed Pipeline die Seeaußengrenzen des Libanon zu verletzen. Bassi hatte sich schriftlich an UN-Generalsekretär Antonio Guterres und an die Außenminister Zyperns, Griechenlands und Italiens gewandt und verlangt, dass die Pipeline nicht die Seerechte des Libanon in einem Gebiet verletze, das Beirut als seine exklusive Wirtschaftszone (EEZ) ansehe. Der Libanon liegt mit Israel im Streit über nicht geklärte Seeaußengrenzen. Zypern, Griechenland und Israel hatten vergangenen Dezember auf dem fünften Dreiergipfel in Beer Sheva

(Beerscheba) ein zwischenstaatliches Abkommen zur EastMed Pipeline unterzeichnet.

Laut der türkischen staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu News hat Griechenlands Außenminister Giorgos Katrugalos am 20. März erklärt, dass die Türkei von energiepolitischen Themen im Mittelmeergebiet nicht ausgeschlossen werden dürfe.

Am 27. März kündigte der türkische Energieminister, Fatih Donmez, an, dass die Türkei kurz davor sei, Ergebnisse aus den Explorations-tätigkeiten des Bohrschiffs Fatih im Mittelmeer zu erhalten: *„Innerhalb von ein oder zwei Wochen werden wir eine Tiefe von 5 500 Metern erreicht haben. Dann können wir sagen, ob es Erdgas in dem Gebiet gibt“*.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Finanzminister Harris Georgiades kündigte am 15. März sein Ausscheiden zum Ende des Jahres an. Gleichzeitig bestritt er einen Zusammenhang mit den für ihn sehr negativen Verantwortungszuweisungen in den Ermittlungen im Umfeld des Zusammenbruchs der Cyprus Cooperative Bank (Genossenschaftsbank Zyperns). Georgiades bezeichnete die Ergebnisse des Berichts als fehlerhaft.

Laut Michalis Antoniou, dem Generaldirektor des Arbeitgeber- und Unternehmerverbands OEV sind die Unternehmen auf Zypern hinreichend auf einen Brexit vorbereitet, auch auf ei-

nen ungeordneten Brexit. Zu den mit einem ungeordneten Austritt verbundenen Auswirkungen auf die zyprische Wirtschaft bemerkte Antoniou, dass diese von der Abwertung des Pfund Sterling abhingen sowie von dem Ausmaß und dem Zeitraum, in dem die britische Volkswirtschaft schrumpfe. Antoniou fügte hinzu, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich und eine Senkung des dort verfügbaren Haushaltseinkommens die zyprische Wirtschaft beeinträchtigen werde, ungeachtet der Tatsache, dass auf die meisten der Exportprodukte Zyperns für einen bestimmten Zeitraum keine Zölle erhoben würden. Bezüglich des britischen Tourismus sagte Antoniou, dass es Bestrebungen gäbe, Qualitätstourismus aus anderen Ländern anzulocken. Man konzentriere sich dabei im Moment schwerpunktmäßig auf den deutschen Markt.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) bestätigte am 28. März in seinem Bericht, dass die Wirtschaft Zyperns starke Zuwächse verzeichne, vor allem in der Bauwirtschaft, im Tourismus und im Dienstleistungssektor. Dem Bericht zufolge hätten sich die Bilanzen der Banken verbessert, notleidende Kredite seien drastisch zurückgegangen. Der Fond erwarte, dass Zypern die Finanzkapazität aufrechterhalten könne, um seine Schulden zurückzuzahlen, warnte jedoch gleichzeitig, dass sich dies unter bestimmten Umständen –schwebende Gerichtsverfahren, harter Brexit, schwächeres Wachstum in Europa, etc. - ändern könne. Um diese Risiken auszuschließen, empfahl der IWF, den Schuldenabbau zu erleichtern, notleidende Kredite zu reduzieren und die Ertragskraft der Banken

durch zusätzliche Anstrengungen zu stärken, um problembehaftete Aktiva (aus Altvermögen) anzugehen. Zypern müsse außerdem Struktur-reformen verstärken.

Am 28. März wurde Constantinos Herodotou zum Präsidenten der Zentralbank von Zypern ernannt. Herodotou ist seit März 2017 Geschäftsführer und Mitglied des Aufsichtsrats. Er löst Chrystalla Georghadji ab, die im April ausscheidet.

Das Verwaltungsgericht verkündete am 29. März, dass Leistungs- und Lohnkürzungen, die Beamten im Rahmen von Sparmaßnahmen im Jahr 2012 aufgezwungen wurden, verfassungswidrig gewesen seien. Dieses Urteil könnte den Staat jährlich 200 Millionen Euro kosten. Das Gericht wertete das Einfrieren der stufenweisen Gehaltserhöhung, die 3%ige Pensionsrückstellung und die Reduzierung der Beamtgehälter als Verstoß gegen Artikel 23 zum Schutz des Eigentumsrechts. Der Staat hat daraufhin 42 Tage Zeit, um Berufung gegen das Urteil einzulegen.

Am 21. März hob die Rating-Agentur Fitch das langfristige Emittenten Default-Rating der Hellenic Bank von ‚B‘ auf ‚B+‘ an. In einer Stellungnahme erklärte Fitch, die Anhebung erfolge nach Abschluss des Erwerbs bestimmter ‚guter‘ Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Genossenschaftsbank Zyperns (Cyprus Cooperative Bank) und einer Kapitalerhöhung von 150 Millionen Euro.

Innenpolitische Entwicklungen

Laut Außenminister Nicos Christodoulides ergreifen alle Regierungsministerien Maßnahmen zur erfolgreichen Bewältigung der Auswirkungen eines eventuell ungeordneten Brexits. Während eines Briefings des außenpolitischen Ausschusses informierte der Minister die Abgeordneten über den Brexit im Allgemeinen, über die Vorbereitungen Zyperns für den Fall eines ungeordneten Brexits, über den Status der britischen Militärstützpunkte auf Zypern nebst den Rechten aller in den britischen Basen arbeitenden oder lebenden Zyprioten in diesem Falle. Zudem informierte er über die Vorkehrungen auf europäischer Ebene, die sich bei einem ungeordneten Brexit auf alle Mitgliedsstaaten beziehen.

Am 16. März stellte die Tierschutzpartei Zypern (Cyprus Animal Party) ihre Kandidaten für die im Mai stattfindende Europawahl vor. Die Partei wird fünf Kandidaten aufstellen: Neophytos Neophytou, Avraam Themistokleous, Kyriacos Kyriacou, Michelle Metzidi und Angela Agathangelou.

Aussenpolitische Entwicklungen

Außenminister Nicos Christodoulides traf sich am 26. März mit dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten für politische Angelegenheiten David Hale in Washington. Auf der Tagesordnung des Gesprächs standen unter anderem die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Zypern, die Entwicklungen in der Region um das östliche Mittelmeer und das Zypernproblem. Auch die Aufhebung des

Waffenembargos gegen Zypern seitens der USA, die trilateralen Verträge, die Zypern und Griechenland mit Staaten in der Region abgeschlossen haben und die Notwendigkeit eines Treffens zwischen dem zyprischen Präsidenten Nicos Anastasiades und US-Präsident Donald Trump wurden angesprochen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Februar

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Limassol reagierten auf die Entscheidung des Stadtrats bezüglich der Beförderung von Beschäftigten am 8. Februar mit einem spontanen Streik. Laut PEO, der Dachorganisation der Gewerkschaften auf Zypern (Pancyprian Federation of Labour), kam es zu den Protesten, da „... *der Stadtrat in Limassol wider besseres Wissen einen Mitarbeiter, der nachweislich nicht über entsprechende berufliche Qualifikationen verfügte, befördert hatte*“. Außerdem, so berichtete die Gewerkschaft, habe der Limassoler Stadtrat zu einem früheren Zeitpunkt *„diesen speziellen Mitarbeiter nicht nach dem gültigen Gehaltsschema eingruppiert, sondern ein persönliches individuelles Vergütungsschema für ihn eingeführt mit der Begründung, dass er nicht befördert werden könne*“. Dieses widersprüchliche Verhalten sei, so PEO, wahrlich nicht unerklärlich, da die Arbeitsweise des Stadtrats in Limassol bekanntermaßen geprägt sei von Eklektizismus, Allmachtsgefühlen, der Gleichgültigkeit bestimmter Fraktionen in der Stadtverwaltung gegenüber Regeln, die Dominanz von moralischen Wertvorstellungen und Gesetzesprojekten spezifischer Gruppen, die

vom Bürgermeister toleriert oder gar geteilt werden. In der Mitteilung wurde auch auf eine Reihe von Unregelmäßigkeiten und Problemen hingewiesen, denen die Angestellten der Stadtverwaltung Limassol ausgesetzt sind. PEO betonte, dass man die Existenz und die Fortdauer derartiger Praktiken nicht tolerieren könne, Ziel sei eine gesunde Arbeitsumgebung. Auf einer Betriebsversammlung, die während der Arbeitszeit stattgefunden hatte, war einstimmig ein 24-Stunden-Streik für den 12. Februar beschlossen worden. Nachdem PEO einer Einladung des Bürgermeisters zu einem Gespräch zugesagt hatte, verschob die Gewerkschaft den Streik. An dem Treffen, an dem neben dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Personalvertretung auch weitere Amtsträger teilnahmen, wurden zunächst Beförderungen und Verfahrensweisen thematisiert. Anschließend kam es zu einem Austausch darüber, wie mögliche Verbesserungen in Zukunft umgesetzt werden könnten. Beide Seiten beharrten auf ihren Standpunkten und der Konflikt konnte nicht beigelegt werden. PEO beabsichtigt Klage beim Generalrechnungsprüfer und dem Regierungsbeauftragten für die (öffentliche) Verwaltung einzureichen und diese aufzurufen, alle festgestellten Unregelmäßigkeiten zu untersuchen.

Die Mitarbeiter des Verkehrsunternehmens EMEL in Limassol setzten dem Management eine Frist bis Ende Februar zu Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten, nämlich die Leistungen, die 2014 gekürzt worden waren, in voller Höhe zurückzuerstatten. Die Arbeitnehmer bekräftigten, man werde den Weg neuer dynamischer Mobilmachungen weitergehen, sollte EMEL bis Monatsende seinen vertraglichen Verpflichtun-

gen nicht nachkommen, wie es seit Anfang letzten Jahres bereits hätte geschehen sollen. Die Gewerkschaften SEK und PEO machten deutlich, dass die Mitarbeiter keine Gehaltserhöhungen einforderten, sondern Leistungen, die ihnen seit dem 1. Januar 2018 zustünden. Hierbei handele es sich um einen Teil des Gehalts, auf das die Mitarbeiter während der Finanzkrise als Zeichen des guten Willens verzichtet hatten. Darüber hinaus stünden sowohl das 14. Monatsgehalt als auch die Vergütung geleisteter Überstunden aus. Weiter sei das Problem trotz dreier Streikmaßnahmen im Jahr 2018, die aufgrund ausbleibender Gehaltszahlungen ergriffen worden waren, nach wie vor ungelöst.

Am 13. Februar traten Tausende von Arbeiter des Baugewerbes in einen zypernweiten 24-Stunden-Streik. Die Gewerkschaften SEK (Arbeitnehmerverband Zypern), PEO (Dachorganisation der Gewerkschaften auf Zypern) und der Gewerkschaftsverband DEOK hatten den Hauptverband der zyprischen Bauindustrie (OSEOK) beschuldigt, den vereinbarten Tarifvertrag, der im Dialog erzielt worden sei, zurückgewiesen zu haben. Insbesondere, so behaupten die Gewerkschaften, habe es bereits eine Verständigung zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite über einen Vertragsentwurf zu einem gesamtzyprischen Tarifvertrag gegeben. Es habe sich um einen gesamtindustriellen Tarifvertrag gehandelt, unter dem alle Arbeitnehmer in der Baubranche zusammengefasst worden seien. Die Gewerkschaften hatten sich eigenen Aussagen zufolge mit den Bauunternehmern auf folgende Grundartikel geeinigt: Bezahlung aller Kategorien von Arbeitnehmern (Facharbeiter und ungelernete

Hilfskräfte); Provident Fund (Altersvorsorge); bezahlter Urlaub; obligatorische Trinkgelder für alle Arbeiter. Obwohl die Firmeninhaber zunächst zugestimmt hatten, traten sie später von der Vereinbarung zurück und nahmen die Bedingungen nicht an. OSEOK seinerseits rief die Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK auf, den angekündigten Streik abzusagen und den Verhandlungsprozess unter der Aufsicht des Ministeriums für Arbeit, Sozialfürsorge und Soziale Sicherheit weiterzuführen, damit eine Einigung hinsichtlich der Erneuerung des Tarifvertrags im Baugewerbe erzielt werden könne. Die Bauarbeiter brachten auf ihren Hauptversammlungen während des Streiks ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, ihren Arbeitskampf so lange fortzuführen, bis die Führungsriege des Hauptverbandes der zyprischen Bauindustrie OSEOK ihre schriftlich gemachten Zusagen endlich erfülle. Sollte es keine unmittelbare Lösung zur Beilegung des Konflikts geben, würden die Gewerkschaften die Maßnahmen verschärfen.

Ein Team der Internationale Arbeitsorganisation ILO, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, wird Mitte März auf Zypern erwartet. Während seines Besuchs, plant das Team verschiedenen Treffen mit dem Ziel die Möglichkeiten für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auf Zypern auszuloten. Arbeitsministerin Zeta Emilianidou betonte, dass „... die Regierung einen Zeitplan zur Prüfung eines gesetzlichen Mindestlohnes für Zypern festgelegt hat und der Bericht um den November herum vorliegen wird“. Die Regierung sähe die Einführung eines Mindestlohnes für Beschäftigte in Vollzeit erst vor, wenn die Arbeitslosenquote unter 5%

gesunken sei. Diese liege im Moment jedoch bei 8,1%, so die Ministerin. Man müsse in Betracht ziehen, wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes das zypriotische System beeinträchtigen könne, damit es nicht zu weiteren Problemen komme. Die Internationale Arbeitsorganisation plant Treffen mit den Tarifparteien, um Klarheit über deren Umgang mit dem Thema zu erlangen.

Die Regierung plant für das kommende Jahr eine neue Aufsichtsbehörde, die über den Provident Fund (Altersvorsorge) wachen soll. Die Eröffnung eines Dialogs zwischen den Sozialpartnern soll in Kürze angekündigt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde bereits von einer Gruppe von Rechtsanwälten vorbereitet. In einer ersten Reaktion äußerten Gewerkschaftsvertreter Kritik daran, dass sie noch nicht einmal über den Inhalt der Gesetzesvorlage informiert worden seien, die eingebracht werden soll. Die Bestimmungen, die vom Finanzministerium unterstützt werden, betreffen im Wesentlichen die Einbindung von Aufsichtsbehörden über Versorgungseinrichtungen und Versicherungen, und die Einbindung einer unabhängigen gemeinsamen Kontrollinstanz über die Öffentliche Verwaltung gemäß dem Modell der zyprischen Börsenaufsichtsbehörde.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unterzeichneten am 28. Februar eine Vereinbarung zum Management eines Krankenversicherungssystems, das in die Tarifverträge aufgenommen werden soll. Ziel ist die Umsetzung des Gesundheitsversorgungsprogramms GESY. PEO, SEK, DEOK, der Verband der Arbeitgeber und Unternehmer (OEB) und die Industrie- und

Handelskammer Zyperns (CCCI) unterschrieben das Abkommen. In der Vereinbarung ist folgendes festgelegt:

„Um die kontinuierliche und ununterbrochene Bereitstellung der medizinischen Versorgung der Arbeitnehmer in Hinblick auf die sukzessive Einführung des Gesundheitsversorgungsprogramms GESY zu gewährleisten und dabei gleichzeitig eine unnötige doppelte Deckung und respektive doppelte Beiträge für eine bereits vorhandene Deckung in den Tarifverträgen zu vermeiden, sowie zum Zweck einer einheitlichen Handhabung der bereits existierenden Vereinbarungen, wird Folgendes vereinbart:

- 1. Im Zeitraum vom 1. März 2019 bis zum 31. Mai 2019 zahlen Unternehmen und Arbeitnehmer wie gewohnt die vollen Beiträge gemäß den bestehenden Krankenversicherungsmodalitäten, die in den entsprechenden Tarifverträgen vereinbart sind. Diese Beiträge werden parallel zu den Beiträgen, die für GESY entrichtet werden, gezahlt.*
- 2. Im Zeitraum vom 1. Juni 2019 bis zum 31. Mai 2020 reduzieren sich die Beiträge an die genossenschaftlichen Krankenkassen um die Hälfte.*
- 3. Mit der vollständigen Einführung des Gesundheitsversorgungsprogramms GESY zum 1. Juni 2020 werden alle Beitragszahlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an die genossenschaftlichen Krankenkassen eingestellt.*

Es wird davon ausgegangen, dass diese Vereinbarung – sofern die betroffenen Parteien eine entsprechende Vereinbarung getroffen haben – keinesfalls in irgendeiner Form der Einführung,

der Umsetzung oder Beibehaltung von Krankenzusatzversicherungen entgegensteht, die Gesundheitsleistungen abdecken, die nicht durch GESY unterstützt werden.

4. In Fällen, in denen Krankenkassen außerhalb der in den Tarifverträgen vereinbarten Krankenzusatzversicherungen involviert sind, wird man zwischen beiden Parteien verhandeln.“

März

Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften trafen sich mit dem Präsidenten der Republik Zypern, um das Ergebnis der Entscheidung des Ministerrats bezüglich der Gesundheitsversorgungspläne in öffentlichen Einrichtungen und örtlichen Behörden sowie das Allgemeine Gesundheitssystem GESY zu diskutieren. In einer Stellungnahme berichteten Vertreter der Gewerkschaften SEK (Zyprischer Arbeitnehmerverband), PEO (Panzyprischer Arbeitnehmerverband) und POAS (Panzyprischer Bund unabhängiger Gewerkschaften), dass man Schritte in Richtung eines Dialogs unternommen habe. Man wolle sich nun mit jeder Organisation in Einzelgesprächen austauschen. Dies ist in Übereinstimmung mit dem jüngsten Abkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hinsichtlich gewerkschaftlicher Gesundheitssysteme. Hier ist darauf hinzuweisen, dass der Beschluss des Ministerrats nicht in seiner Gesamtheit zurückgenommen worden ist, wie es im ursprünglichen Antrag der Gewerkschaften vorgesehen war. Die Entscheidung zielt darauf ab, zunächst bestehende Regelungen im Gesundheitswesen zu aktualisieren und dann ab

dem 1. Juni 2020 schrittweise abzubauen, wenn GESY vollständig umgesetzt worden sein wird. Darüber hinaus soll der Etat auf der Grundlage des oben Gesagten angepasst werden. Die Gewerkschaften betonen, dass sie einseitige Maßnahmen nicht akzeptieren werden, wenn es sich um tarifvertraglich geregelte Angelegenheiten handle, die alle Arbeitnehmer betreffen. Sie riefen die öffentlichen Institutionen auf, sich in gutem Glauben auf einen Dialog einzulassen, um allgemein akzeptierte Vereinbarungen für den Gesundheitsfond vor dem 1. Juni 2019, wenn die Umsetzung von GESY startet, auszukundschaften. Die Gewerkschaften stellten klar, dass man die Ergebnisse der Gespräche auswerten würde, wobei man sich das Recht zu reagieren vorbehalte, sollte man einseitige Aktionen beobachten.

Am 18. März trafen sich Experten der Internationalen Arbeitsorganisation ILO erstmalig mit Vertretern von SEK, PEO und DEOK (Demokratischer Gewerkschaftsbund Zypern), mit dem Arbeitgeber- und Unternehmerverband OEB sowie mit Vertretern der zyprischen Industrie- und Handelskammer CCCI. Gemeinsam möchte man dem Arbeitsministerium technische Hilfestellung bei der Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns auf Zypern leisten. Referatsleiterin Rosalia Vazquez-Alvarez erklärte, man werde die derzeit besten europäischen Verfahren zu diesem Thema prüfen. Darüber hinaus werde um den November herum eine Studie vorgelegt werden, die es der Regierung erleichtern werde, noch vor Jahresende eine Entscheidung zu treffen.

Die panzyprische kommunale Taxivereinigung (POAT – POVEK) beschloss, den am 27. März geplanten zypernweiten zwei-stündigen Sitzstreik in allen Städten auszusetzen. Der Streik wäre die erste Maßnahme gegen das neue Konzept gewesen, das die Sozialversicherungsanstalt hinsichtlich des Einspruchverfahrens von Selbstständigen eingeführt hat. Konkret geht es um einen Minimalbetrag, der von der Sozialversicherung jeder einzelnen Berufsgruppe automatisch als Basiseinkommen angerechnet wird. Selbstständige müssen normalerweise auf dieser Grundlage den Sozialversicherungsbeitrag leisten. Als Antwort auf ein Schreiben der Sozialversicherungsbehörde wurde der Streik als Zeichen guten Willens zunächst ausgesetzt. In dem Schreiben heißt es: *„Die Sozialversicherungsanstalt lässt die Taxifahrer wissen, sollte Ihr eigentliches Einkommen niedriger sein als das wöchentlich versicherungspflichtige Grundentgelt in ihrer Kategorie, so können sie in einem Büro der Sozialversicherungsanstalt in ihrem jeweiligen Distrikt beantragen, Beiträge basierend auf ihrem eigentlichen Einkommen statt des Grundentgelts ihrer jeweiligen Kategorie zu zahlen“*.

In einer geheimen Abstimmung am 21. März autorisierten die Mitglieder der zyprischen Bankangestelltengewerkschaft ETYK den Vorstand, in ihrem Namen zu handeln. Sollten die Geschäftsführer der zyprischen Vermögensverwaltungsgesellschaft KEPIDES und ALTAMIRA REAL ESTATE ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird ETYK daher alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, darunter auch mögliche Streiks. ETYK hatte

ursprünglich einen Streik für den 20. März angekündigt. Dieser wurde nach einem Gespräch mit dem Firmenmanagement und der Möglichkeit einer zeitnahen Einigung zunächst verschoben. Nach Erhalt der endgültigen Stellungnahme des Unternehmens wurde dennoch am 29. März gestreikt. Der Vorschlag des Vorstands fand aus verschiedenen Gründen keine Zustimmung bei ETYK, darunter dass der für 2020 beschlossene Gesundheitsfond für null und nichtig erklärt worden war, nicht alle zwischen der Gewerkschaft ETYK und der COOP Bank Zypern (SKT) vereinbarten Abmachungen übernommen wurden, einige Bestimmungen der Vereinbarungen weggelassen wurden, sowie den Mitarbeitern ausschließlich die Erstattung von Busfahrkarten zugesagt wurde, obwohl die Verträge mit ETYK eine Kilometerpauschale für Anfahrten von außerhalb und für Taxifahrten für dienstliche innerstädtische Fahrten beinhalten. Des Weiteren wird die Verpflichtung des Unternehmens zu einer jährlichen Gehaltserhöhung weitgehend ignoriert und der neu vorgelegte Vorschlag sieht eine Gehaltserhöhung selbst nach 2020 nicht vor.

Am 27. März fand vor dem Präsidentenpalast eine Demonstration statt, zu der mehr als 20 pädagogische und agrarwirtschaftliche Organisationen aufgerufen hatten. Der Protest bezog sich auf das Ergebnis der Sondierungskommission zum Zusammenbruch des Genossenschaftswesens sowie auf den Prozess der Veräußerung seiner Vermögenswerte. Die Demonstration begann an der PASYDY Hauptgeschäftsstelle und endete am Präsidentenpalast. In einer Absichts-

erklärung an Präsident Anastasiadis und Parlamentspräsident Dimitris Syllouris unterstrichen die Demonstranten ihren entschiedenen Widerstand und tiefe Empörung über den allmählichen Zerfall und die Auflösung der Genossenschaften, welche generelle Folgen für die Gesellschaft nach sich ziehen würden. Die Organisationen betonten, die Entwicklungen genau zu beobachten. Man werde auch neue und dynamischere Initiativen ergreifen.

Die Rentnergewerkschaft Zyperns (EKYSY) berichtet, dass laut Ministerratsbeschluss, mehr als die Hälfte aller Rentner mit niedrigem Einkommen keinen Anspruch auf Ostergeld habe. Auch seien die Einkommenskriterien für das Ostergeld erheblich gesenkt worden und lägen nun unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Letztere liegt in einem Single-Haushalt bei einem Bruttojahreseinkommen von 10,324 Euro. Das entscheidende Anwendungskriterium für Ostergeld wurde vom Ministerrat hingegen auf 6,500 Euro festgelegt. Die Armutsgrenze für einen Zwei-Personen-Haushalt liegt bei 15,483 Euro, das Anwendungskriterium für Ostergeld bei 11,000 Euro. Die Rentnergewerkschaft fordert, dass man sich bei der Bemessung der Rentenansprüche an der Zeit vor der Finanzkrise von 2013 orientiere. Die Kriterien waren zuvor inklusiver und eine höhere Zahl an Rentnern hatte Anspruch auf einen Zuschuss. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass von 60,000 Zuwendungsempfängern im Jahr 2012, momentan nur noch 15,000 Menschen Anspruch darauf haben.

Die Mitarbeiter des Verkehrsunternehmens EMEL in Limassol erklärten ihre Bereitschaft zu weiteren Arbeitsniederlegungen, nachdem der Verkehrsbetrieb nicht in der Lage gewesen war, 100% des Märzgehalts auszuzahlen. Streikbeginn solle der 2. April sein. Darüber hinaus kündigten die Gewerkschaften SEK und PEO in einer schriftlichen Stellungnahme an, dass „... am 2. April auch in den Verkehrsbetrieben des öffentlichen Nahverkehrs in Nikosia (Transportorganisation OSEL) und Larnaca (Busunternehmen ‚Zenonas‘) Streiks organisiert werden wegen der verspäteten Gehaltszahlungen vom März sowie dem Verzug bei der Beitragszahlung in den Arbeitnehmerunterstützungsfond von OSEL“. Laut einer gemeinsamen Bekanntmachung der Gewerkschaften wurden infolge der Ankündigung der beiden Firmen, das Märzgehalt am 2. April auszuzahlen, die Streikmaßnahmen jedoch ausgesetzt.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Statistiken des Finanzministeriums wurden 92% der türkisch-zypriotischen Staatsausgaben des Jahres 2018 durch lokale Einnahmen finanziert. 2009 waren es lediglich 61% gewesen. Die Zahlen zeigten, dass die finanzielle Abhängigkeit von der Türkei rückläufig ist. Mehr als 90% der türkischen Gesamtunterstützung in Höhe von 446,7 Millionen TL erfolgte in Form von Zuschüssen und floss in Verteidigung, Infrastruktur und die Privatwirtschaft. Weniger als 10%

waren Darlehen zur Finanzierung von Löhnen und Pensionen.

Die Gewerkschaft des Hotelierverbands (KITOB) und die Gewerkschaft des Verbands der Tourismus- und Reiseagenturen (KITSAB) hielten eine gemeinsame Pressekonferenz ab, in der sie die Regierung aufforderten, überfällige 80 bis 90 Millionen TL an die Veranstalter zu zahlen. Als „Anreiz“ zur Förderung des Tourismussektors zahlt die Regierung für jeden Touristen 25 US-Dollar. Die finanzielle Förderung dieses Projekts kommt aus der Türkei. Da 2019 diesbezüglich jedoch kein Protokoll zwischen der Türkei und der TRNZ unterzeichnet worden war, blieben die Finanztransfers aus. Vertreter der Branche warnten, dass *„wenn der Tourismussektor zusammenbricht, dies zu einem Domino-Effekt führen wird, der alle Wirtschaftsbereiche betreffen wird“*. Aktuell bedeute jeder Tourist einen Beitrag von ungefähr 800 US-Dollar für die Volkswirtschaft der TRNZ.

Mittlerweile veröffentlichte das Tourismusministerium Daten, aus denen hervorgeht, dass die Auslastung touristischer Einrichtungen im Januar 2019 auf 29% zurückgegangen ist – die niedrigste Belegung der letzten drei Jahre.

Statistiken der türkisch-zypriotischen Industrie- und Handelskammer zufolge betrug der Wert des Handels in der Green Line vom Norden in den Süden im Jahr 2018 4,58 Millionen Euro. Dies waren 4% weniger als in 2017. Kunststoffherzeugnisse (1,48 Millionen Euro), Frischfleisch (0,9 Millionen Euro) und Baustoffe (0,78 Millionen Euro) führten die Liste an.

Exporte aus Nordzypern insgesamt sanken im Jahr 2018 um 4,5% auf etwa 101 Millionen US-Dollar. Dies ist weitgehend auf rückläufige Ausfuhren in die Türkei (- 18,3%) zurückzuführen, die der größte Handelspartner der TRNZ ist. Im Jahr 2017 hatten die Exporte in die Türkei ein Volumen von 63,8 Millionen US-Dollar, 2018 sanken sie auf 52,1 Millionen US-Dollar. Die Ausfuhren in andere Länder stiegen um 16,6%. Exporte in EU-Staaten beliefen sich lediglich auf einen Wert von 10,4 Millionen US-Dollar.

Laut Daten der türkisch-zypriotischen Zentralbank betrug die Gesamtsumme der Bankeinlagen in Nordzypern Ende 2018 26,4 Milliarden TL, 59,9% (15,8 Milliarden TL) davon in Fremdwährung. Ende 2017 hatte die Quote noch bei 54,6% gelegen.

Beziehungen mit der Türkei

Premierminister Tufan Erhurman traf sich in Ankara mit dem türkischen Vize-Präsidenten Fuat Oktay und seinem Team, um das neue Protokoll zur ökonomischen und finanziellen Zusammenarbeit vor seiner Unterzeichnung zu diskutieren. Das vorherige Protokoll über den Zeitraum 2016-2018 war im Dezember ausgelaufen. Ohne dieses Protokoll wird es keine Geldmittel aus der Türkei geben. Finanzminister Serdar Denktas äußerte sich zu der scharfen Kritik der Opposition hinsichtlich der Verzögerung bei der Unterzeichnung: *„Sie können Herrn Erdogan, nicht uns, zu den Gründen für die Verspätung befragen. Er wird Ihnen die Frage beantworten ... Die Türkei befindet sich in einer Finanzkrise – und mitten in den Kommunalwahlen. Wenn uns diverse Kreise*

die Schuld geben, dass wir in einer solchen Atmosphäre nicht nach Geld grapschen, sollten sie wissen, dass wir nicht in der Position sind, in der wir uns Finanzmitteln einfach unter den Nagel reißen können.“

Der türkisch-zypriotische Außenminister Kudret Özersay traf sich mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlut Cavusoglu in Antalya. Auf der Tagesordnung standen die kürzlichen Verteidigungs- und Militärvereinbarungen der griechischen Seite sowie die Gasvorkommen um Zypern. Vor dem Treffen Cavusoglus mit der UN-Sonderbeauftragten zur Zypernfrage Jane Holl Lute tauschte man sich zudem über die jeweiligen Standpunkte aus.

Der neugewählte Sprecher der großen türkischen Nationalversammlung, Mustafa Sentop, stattete der TRNZ einen eintägigen Staatsbesuch ab. Traditionsgemäß reisen türkische Amtsträger zuerst in die TRNZ und dann nach Aserbaidshan.

Der türkisch-zypriotische Minister für Landwirtschaft und Natürliche Ressourcen, Erkut Şahali, und der Minister für Öffentliche Bauvorhaben und Kommunikation, Tolga Atakan, statteten Ankara einen Besuch ab.

Der türkisch-zypriotische Hotelierverband, der türkisch-zypriotische Verband der Tourismus- und Reiseagenturen und der türkische Reiseveranstalterverband unterzeichneten ein Protokoll zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, mehr türkische Touristen in den Norden zu bringen.

Innenpolitische Entwicklungen

Bengul Garginsu, führendes Mitglied des großen Koalitionspartners CTP (Republikanisch-türkische Partei – Vereinte Macht), wurde wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und „Besitzes provokanten Propagandamaterials einer terroristischen Vereinigung“ verhaftet. Kurz darauf wurde auch ihre Tochter aufgrund derselben Anschuldigungen festgenommen. Beide wurden vor dem Ausgang des schwebenden Gerichtsverfahrens wieder freigelassen. Laut eines Berichts der Journalistin Esra Aygin in der Cyprus Mail wurde anfänglich geltend gemacht, dass die Verhaftungen in Zusammenhang mit dem Besitz eines verbotenen Buches der PKK und dem Besitz von PKK-Propaganda ständen. Später bestätigte der Rechtsanwalt der beiden Frauen, dass „... der Hauptgrund für das Eingreifen der Polizei eine Fahne oder eine Graffitimalerei“ gewesen sei, mit der die Frauen angeblich während der Demonstration zum Internationalen Frauentag in Nikosia die in der Türkei lebende kurdische Politikerin Leyla Guven unterstützt hätten. Viele türkische Zyprioten, einschließlich führender Mitglieder der Zivilgesellschaft, Politiker, Journalisten und Rechtsanwälte, protestierten gegen die Festnahmen, warfen die Frage auf, wie der Besitz von Büchern mit Terrorismus verknüpft werden könne, und drückten ihre Besorgnis bezüglich Grundrechte und Freiheit im Nordteil der Insel aus.

Präsident Akinci wies darauf hin, dass man keine Angaben zu genauen Bevölkerungszahlen in der TRNZ machen könne. „Die offizielle Zahl, die man mir mitteilte, als ich das erste Mal im

Innenministerium im Jahr 2015 nachfragte, war 220.000. Diese Zahl war damals in der Presse veröffentlicht worden. Vor wenigen Wochen teilte mir das Innenministerium mit, dass es 343.000 Personen seien. Kurz darauf nannte die Innenministerin die Zahl 350.000. Dies bedeutet, dass die Zahl der Einwohner in den vergangenen dreieinhalb Jahren um 130.000 gestiegen ist. Im weiteren Verlauf des Monats erklärte Innenministerin Ayşegül Baybars, es lebten offiziell 374.299 Menschen in Nordzypern, 252.497 türkisch-zypriotische Staatsbürger und 121.802 Personen mit rechtsgültiger Aufenthaltsgenehmigung.

Tufan Erhurman, türkisch-zypriotischer Premierminister und Vorsitzender der CTP (Republikanisch-türkische Partei – Vereinte Macht), kündigte an, dass seine Partei einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im April 2020 aufstellen werde.

Laut der Quartalsumfrage des Zentrums für Migration, Identität und Rechtsstudien (CMIRS) liegt Präsident Akinci mit 31,9% auf einer Liste potenzieller Präsidentschaftskandidaten vor seinen Konkurrenten. Bei den anderen handelt es sich um: den Parteivorsitzenden der Nationalen Einheitspartei UBP Ersin Tatar (20,6%), Premierminister Tufan Erhurman (16,4%), Außenminister Kudret Ozersay (11,1%), Finanzminister Serdar Denktas (5,5%) und Vorsitzender der Partei der Wiedergeburt YDP Erhan Arikli (4,9%).

In einem Bericht der türkisch-zypriotischen Wochenzeitung Cyprus Today erklärte die Chefin der Ärztegewerkschaft, Özlem Gürkut: „Auf-

grund schlechter Politik, die immer weiter fortgeführt wird, und die unter anderem in steigende Gewalt gegen Mitarbeiter im Gesundheitswesen ausartet, hat die Bevölkerung keinerlei Vertrauen in das Gesundheitssystem. Unsere Regierung plant nicht für eine zukunftsfähige öffentliche Gesundheit. Viel mehr implementiert sie das, was sie wirtschaftliche Vorsichtsmaßnahmen und Reformen nennt, und macht den Beruf des Arztes an einer staatlichen Einrichtung zunehmend unattraktiv.“ Gürkut lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die wachsende Zahl von Fakultäten für Medizin und Zahnmedizin – aktuell sechs bzw. sieben – obwohl weltweit eine medizinische Fakultät pro 1 Million Einwohner empfohlen werde. Sie warnte davor, dass eine Überflutung mit Ausbildungseinrichtungen zu niedrigeren Ausbildungsstandards führen könne und die Gefahr eines Reservoirs arbeitsloser Ärzte respektive „einer Überkapazität, die wir nicht verplanen können“ in sich berge.

Der frühere Premierminister und Parteivorsitzende der UBP (Nationalen Einheitspartei), İrsen Küçük, verstarb am 10. März im American Medical Centre, einem kardiologischen Privatkrankenhaus, in Südnikosia. Er hatte sich dort längere Zeit zur Behandlung befunden.

Aussenpolitische Entwicklungen

Außenminister Kudret Ozersay nahm am Treffen des Rates der Außenminister der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) in Abu Dhabi teil. Er wohnte auch einer Dringlichkeitssitzung des OIC in Istanbul bei, die

nach dem Terroranschlag in Neuseeland einberufen worden war.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Laut Statistik des Arbeitsministeriums hat ein Viertel aller ausländischen Arbeitskräfte in der TRNZ keine Arbeitserlaubnis. Im Wirtschaftsteil der türkisch-zyprischen Tageszeitung Kibris wurde berichtet, dass 77% aller nicht-registrierten Arbeitnehmer in der TRNZ aus der Türkei kämen.

Auch in diesem Monat ist erneut ein Arbeiter aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen auf einer Baustelle ums Leben gekommen. Es ist bereits der vierte tödliche Arbeitsunfall in der TRNZ in diesem Jahr.

5. FES Zypern Veranstaltungen

April

Mittwoch, 3. April – Donnerstag, 4. April 2019

FES
Konferenz

Regional East Med Gas Meeting: Cyprus

Chateau Status (in der UN Pufferzone), Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Friday, 5th April – Sunday, 7th April 2019

FES
workshop
Meeting of Journalists

Home for Cooperation (in der UN Pufferzone), Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Mai

Montag, 20. Mai 2019, tba

FES
Launch

**Launch of Corruption Perception in the north,
2018 Report**

Ort tbc

Öffentliche Veranstaltung



Dienstag, 21. Mai, 18.30 Uhr

Goethe Institut / FES
Filmvorführung mit Diskussion

Film: Once in a Lifetime

Discussion: Europe in Movement. Movement in
the Right Direction?

Goethe-Institut, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Enis Porat, Gianna Chatzgeorgiou
und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Gaby Hamann

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, füllen
Sie bitte das Formular auf unserer Webseite aus:
www.fescyprus.org/de/newsletter/

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abbestellen möchten, klicken Sie bitte auf
den Link in Ihrer FES Newslettermail.